

# Spanberger Zeitung.

Zeitung für die Stadt Spanberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spanberg.

Gebühren wöchentlich 8 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend im Postamt einschließlich der Beilage „Mein Garten“. Die Frau und ihre Welt.“ Der letzte Alltag“ Praktische Wissen für alle“ Unterhaltungsbeilage.“ Durch die Postanstalten und Briefträger bezogen 1.20 RM. Im Falle höherer Gewalt wird kein Schadensfall geleistet.

Fernsprecher Nr. 27

Telegr. Abt. Zeitung.

Anzeigen werden die schriftgefasste amm hohe [Petit] Zelle oder deren Raum mit 15 Pg berechnet; auswärtig 20 Pg. Bei Wiederholung entsprechender Anzeige fallen Kosten pro Zeile 40 Pg. Verbindlichkeit für 1 Pg. Datumschrift und Versandierung ausgeschlossen. Annahmeverhältnis für Offseten und Auskunft beträgt 15 Pg. Zeitungsbelagen werden billig berechnet. Zahlungen an Postbeamten Frankfurt am Main-Nr. 2071



und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer. Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer Spanberg

Nr. 127

Sonntag, den 23. Oktober 1932

25. Jahrgang.

## Bon Woche zu Woche

Randbemerkungen zur Zeitgeschichte.

Wie sehr der Völkerbund in den letzten Jahren an Bedeutung verloren hat, zeigte so recht der Verlauf der 13. Vollversammlung des Bundes. Vorbei sind die Zeiten, da die gesamte Presse zu Beginn einer Völkerbundstagung die Tagesschau erläuterte, da die Schlagzeilen von der Arbeit in den Versammlungen und nach Abschluß der Beratungen die Tendenzen gemäßigt wurden. Heute ist es fast geworden genug; nachgerade hat ein jeder bemerkt, daß auch in dieser Völkerbund Großes zu bedeuten hat. Und nun steht eine neue Institution an, die ihrer Interessenverfolgung mit Sorgen des Verfasster Vertrags langsam dahin.

Gest liegt wieder abseits vom Wege. Man sieht es zwar, daß die Abschlüsse im neuerrichteten Völkerbundspalast zu sein, aber die Entscheidungen fallen regelmäßiger außerhalb davon. Das Bestreben der französischen Regierung, die Verhandlungen über die deutsche Gleichberechtigung nach Genf zu übertragen, steht mit dieser Tendenz nicht in Widerstreit. Vielmehr will Frankreich gerade aus Scheu vor dem grundlegenden Lösung der für London vereinbarten Konferenz nach Genf verlegen. Um so mehr Verwirrung für die Reichsregierung, fest zu bleiben, selbst auf Gefahr hin, daß die Taktik Frankreichs den Konferenztag endgültig zerstört oder auch den neuen Vorschlag einer „Grenzklärung“ vereitelt.

Der Streit um den Konferenztag hat gleichsam symbolische Bedeutung erlangt; er hätte nie entstehen können, wenn das Verständnis für die Notwendigkeit der Wiederaufstellung der deutschen Gleichberechtigung allgemein gewesen wäre. Nun mögen sich die anderen Mächte darum jagen, wie Deutschland Mitarbeit wiedergewonnen können, denn dann es nur recht sein, wenn der leere deutsche Stuhl Genf aller Welt offen zeigt, daß die allgemeine Abstimmung, zu der sich — waren dieser Tage die englischen Kämpfer Macdonald nochmals erinnerten — die Mächte in Brüssel verpflichtet haben, bisher nur mit einer moralischen „Grenzklärung“ gereizt.

Neben die zukünftige Politik Frankreichs hat sich nun der französische Ministerpräsident Herriot vor dem Auswärtigen Amt zurückzufordern, nach den Mitteilungen der Pariser Presse dahin ausgesprochen, daß Frankreich seinen Kampf gegen die deutschen Forderungen „nur mit Rechtsmitteln“ führen will, also mit juristischen Mitteln. Das mag auf den ersten Blick als Beginn einer wiederaufbaufranzösischen Wiederauflistung aussehen; tatsächlich liegen die Dinge aber wesentlich anders. Wenn Herriot auch darauf verzichtet, nach dem Beispiel des gallischen Feldherren Cæsar das Schwert in die Waagschale zu werfen, so ist doch damit eine Entscheidung der europäischen Schiedsgerichte nach rechtlichen Gesichtspunkten noch nicht gewährleistet, jenseits Genf als der Internationale Gerichtshof in Haag weitgehend von französischen Einflüssen beherrscht werden.

Nach einer alten Fabel hat ein junger Adler sich einmal mit der Frage an einen grundgesetzten Hahn gewandt, ob es wahr sei, daß es einen Vogel namens Merops gebe, der den Zug zur Erde gemäßigt, gen Himmel fliege. „Es nicht doch“, antwortete der Hahn, „das ist eine alberne Erfindung des Menschen. Der Mensch mag selber ein solcher Merops sein, weil er zu gern den Himmel erforschen möchte, ohne die Erde auch nur einen Augenblick aus dem Gesicht zu verlieren.“

Möchte ähnlich nicht auch Frankreich den Himmel des Friedens ersteigen, ohne die Voraussetzung preiszugeben? Sicher ist dieses Kunstrühr nicht gelungen, und wenn hier noch Wiederholungen kein anderes Ergebnis haben. Trotzdem ist die französische Politik unermüdlich am Werke, das System von Versailles zu verantern. Während in Südeuropa Spanien und Italien, dessen Wirtschaftsinteressen nach Berlin weisen, mit dem Sturz des Ministeriums Baldi sich erfolgreich gegen ein weiteres Ablegen in das Fahrwasser Frankreichs gestellt und es abgelehnt hat, seine Lebensinteressen den strategischen Bedürfnissen Frankreichs zu opfern, sieht Frankreich unbedrängt um den Unwillen der alten Bundesgenossen im Südwesten sein Liebeserben um die spanische Republik fort. Der Reise Herriots nach Madrid eilen Rechtskräfte vorauf, die aufzuhören scheinen. Es heißt, Herriot sollte Spanien zu einer Vormachtstellung in Tanger verhelfen, wogegen Spanien die damit für sein Handel verbündeten erheblichen Vorteile nur mit der Abreise des vertraglich festgelegten Wüstengebiets von Rio de Oro an Frankreich bezahlen soll. Weiter ist von dem Plan eines französisch-spanischen Bündnisses es davon die Rede, daß Herriot die schweren Waffen Europas, die er für den Völkerbund oder für eine Völkerbundarmee „reservieren“ will, in Spanien deponieren möchte, um so dem Zugriff Deutschlands zu entziehen und dem Zugriff Frankreichs auszuweichen.

Es ist sicher kein Zufall, daß die ersten Meldungen über die angeblichen Pläne Frankreichs aus englischer Quelle kommen. Änderungen in der Verwaltung Tangers und territorialen Veränderungen in Afrika berühren die Interessen Englands und ebenso die italienischen aufs empfindlichste. Sollte sich Herriot in Madrid daher zu einem Vorstoß in der politischen Richtung entschließen, dann würde die politische Lage Europas damit nur einer neuen Belastungsprobe ausgelebt werden.

In der deutschen Politik macht sich jetzt der Wahlkampf bemerkbar, trennen uns doch nur noch zwei Wochen

## Bresche in die Schuldlüge

Französische Zeitung befürwortet die Aufhebung des Artikels 231

Paris, 22. Oktober.

Der Erlass des thüringischen Bildungsministeriums, nach dem die Schulen den Artikel 231 des Verfassungsvertrages der von der „Allianz“ Deutschlands am Weltkrieg handelt, auswendig lernen müssen, veranlaßt die dem Abgeordneten Daladier nahestehende radikalsozialistische Zeitung „République“ zu einer sehr bemerkenswerten Stellungnahme.

Das Blatt schreibt, die Frage der Verantwortung am Weltkrieg sei so heikel, daß man sie ausschließlich der eingehenden Prüfung durch die Historiker hätte überlassen müssen. Die Historiker würden nach Beendigung der Kriegsgerichtschaft festgestellt haben, daß es eine unmittelbare Verantwortung am Weltkrieg gebe.

Zu den unmittelbaren Schuldfällen gehörte besonders Frankreich, während unter die zweite Gruppe alle „Organ“ fallen, die den Rüstungswettlauf unterstützten. Wie man darüber auch denken möge, man werde niemals an der Tafel etwas ändern können, daß Deutschland das Verständnis der Schuld am Weltkrieg aufzugeben wünsche. Wenn Deutschland frei gewesen wäre, würde es niemals den Art. 231 unterschrieben haben. Detektive Maßnahmen auf „intellektuellem Gebiet“ seien eine unmögliches Vereinigung aller Grundsätze, an denen Frankreich sonst stets festhalte.

Frankreich habe 1918 wohl das Recht gehabt, Elsass-Lothringen zurückzufordern, es sei aber nicht berechtigt gewesen, Deutschland eine Erklärung zu entrichten, die in diesem Lande — mit Recht oder Unrecht — als der Weltkrieg widergesprochen betrachtet werde. Gewiß deshalb sei es zu bedauern, daß die thüringischen Schüler diesen Paragraphen auswendig lernen, der sicherlich den Namen Frankreichs nicht verstehen kann. Es sei zu hoffen, daß die deutschen Lehrer recht bald diesen Paragraphen den Absatz anfügen können.

Frankreich erkennt an, daß Artikel 231 weder den gefundenen Methoden einer Kritik noch den französischen Überlieferungen von der Großherzigkeit (?) standhält. Es hat die Abstufung dieses Artikels vorgeschlagen.

## Abrüstungsappell der Kirchen

London, 22. Oktober.

Über den Abrüstungsappell der englischen Kirchenfürster geht eine nähere Mitteilung gemacht. Bei dem Empfang durch den Ministerpräsidenten Macdonald erklärte

von der Neuwahl des Reichstags. Wenn im Zusammengang damit auch die Gegenläufe noch größer hervortreten, dann ist doch in der Außenpolitik das deutsche Volk einmütig entschlossen, seine Gleichberechtigung wiederherzustellen, weil nur so Europa wieder aufstehen kann. Zu begrüßen ist die dieser Tage veröffentlichte Verordnung zur Ergänzung der Sozialleistungen, durch die rund 70 Millionen Mark für die Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung während der Wintermonate und für den Ausgleich von Harten in der Rentenversicherung und in der Fürsorge für die Kriegsopfer bereitgestellt werden. Aber auch nach diesen Milderungen ist die Not der Armuten unseres Volkes noch erschütternd groß, besteht die Pflicht zu weiteren Hilfemaßnahmen unvermindert fort.

Zum Schluß noch ein Wort über die Verhandlungen vor dem Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich in der Preußischen Klage, die nummer abgeschlossen worden sind. Der Urteilsspruch ist für die nächste Woche zu erwarten. Die verfassungsrechtlichen Streitfragen, die in Leipzig zu entscheiden waren, haben das allgemeine Interesse recht erlahmen lassen; selbst die Juristen auf der Zuschauerbank haben nicht alle durchgehalten. Immerhin hat man aus den Verhandlungen soviel entnommen, daß die großen Autoritäten der Staats- und Rechtswissenschaft in der Auslegung wichtiger Verfassungsbestimmungen sehr weit auseinandergehen. Und das kommt teilweise auch daher, daß die deutsche Volksvertretung das nicht wußte. Die Ausführungsgefege zum Artikel 48, der jetzt so bedeutsam geworden ist, nemals zu Stande gebracht hat.

## Neuregelung der Butter einfuhr

Die Verfestigung der Kontingente.

Berlin, 22. Oktober.

Zu der in Verhandlungen mit Finnland gefundenen Regelung der Frage der Butter einfuhr nach Deutschland wird an zuständiger Stelle ergänzend mitgeteilt: Dem jetzt festgelegten Einführungskontingent von 55 000 Tonnen standen im Jahre 1931 100 000 Tonnen und im Jahre 1932, nach den Berechnungen der ersten drei Wirtschaftsjahre, 72 000 Tonnen gegenüber. Die Zollsätze waren fünffach verschieden, nämlich 50 Mark für ein Kontingent von 5000 Tonnen, wozu für die valutawachen Länder ein Zuschlag von 86 Mark hinzutrat, der Normalsatz von 100 Mark dazu

der Erzbischof von Canterbury u. a. die Kirche werde Macdonald die begeisternde Unterstützung gewähren bei der Erfüllung der so oft ausgedrückten Bereitschaft, Deutschland einen ebenbürtigen Platz unter den Nationen zu gewähren, indem ein freiwilliges Abkommen getroffen werde, aus dem sich dann eine Abrüstungsvereinbarung ergeben werde. Die Kirche unterstützt die Bestrebungen, die stufenweise Abrüstung auf den deutschen Rüstungsstand zum Grundstein der englischen Politik zu machen.

Der Erzbischof von York drückte sein Bedauern darüber aus, daß das englische Vorgehen in der Abrüstungsfrage bisher nur Stückwerk gewesen sei. In dieser Hinsicht sei besonders die englische Note an Deutschland in der Frage der Gleichberechtigung zu bedauern. Das moralische Element sei in dieser Note dem juristischen untergeordnet.

Außenminister Sir John Simon erwähnte, die englische Note sei geschrieben worden, um zu sagen, daß Deutschlands Anspruch und die englischen Verpflichtungen nicht in Ausdrücken technischer Juristis erörtert werden könnten. Die Note sei dazu bestimmt gewesen, technische und rechtliche Bemessungsgrundlage beizulegen, da sie nicht der geeignete Boden seien, den man untersuchen und erforschen wolle. Er freue sich, erklären zu können, daß die Note „dazu geeignet sei, einige Bemessungsgrundlagen, die in sich nicht stichhaltig und in jedem Fall technischer Natur wären, zu befeitigen, um das Feld zu Verhandlungen klarzumachen.“

Ministerpräsident Macdonald teilte mit, daß Sir John Simon bald nach Genf zurückkehren wird. Er, Macdonald, werde den Außenminister vielleicht begleiten, um zu sehen, ob nicht ein besseres Verhältnis zwischen den europäischen Nationen zustande gebracht werden könne. Abrüstung sei an sich eine beträchtliche Friedensgarantie. Trotzdem könne man sehr gut einen Abrüstungsplan aufziehen mit dem Zweck, den Krieg zu erleichtern. Der wirkliche Friedensstifter müsse den Frieden in Richtungen entwickeln, die allen Möglichkeiten der Lage gerecht werden.

Die englische Regierung habe seit Februar zäh daran gearbeitet, nicht einen Zustand der Abrüstung sondern, was schwieriger sei, einen Zustand des Willens zum Frieden zu schaffen. Es wolle nicht Chef einer Regierung sein, die lediglich Schriftstücke über die Herabsetzung der Rüstungen unterzeichnet. England habe bereits ein großes Werk mit Amerika vollbracht. Er glaube, daß England von Amerika nur durch eine Art moralischer Katastrophe getrennt werden könnte. Man müsse fragen, weshalb eine ähnliche Einigung nicht auch in Europa möglich sein sollte.

ein Valutazuschlag von 36 Mark, schließlich der Obertarif von 170 Mark.

Für 1932 wird sich der durchschnittliche Zollzuschlag nur auf 67 Mark belaufen, da zu den hohen Zollzägen ohnehin kaum eingeführt wird. Dieser Durchschnittszuschlag wird für die Butter einfuhr im nächsten Jahre im Zuge der jetzt gefundenen Kontingentermittlung zweifellos noch eine Senkung erfahren. Eine Anzahl von Ländern nämlich war unter der bisher gültigen Regelung in der Lage, die Kontingente zu niedrigem Zollzuschlag nicht nur zu erfüllen sondern auch ihre Produktion auszumunzen.

Die neue Regelung nimmt jedoch Rücksicht auf die deutschen Ausfuhrinteressen insofern, als die Butterausföhrländer in dem Maße begünstigt werden, in dem sie für die deutsche Industrieausfuhr in Frage kommen. Für die deutsche Landwirtschaft entscheidend ist ferner die Tafelache, daß nunmehr ein festes Einführungskontingent von 55 000 Tonnen vorhanden ist, über das hinaus nichts weiter eingeführt wird. Zur Erfüllung dieses Kontingents ist Deutschland jedoch nicht verpflichtet sondern die Butterausföhrländer zur Erfüllung ihrer Kontingente berechtigt.

Was Holland angeht, so sind die bisher geführten teils privaten Verhandlungen durch die fundene Neuregelung mit Finnland und den übrigen Ländern überflüssig geworden. Holland erhält nach dieser Neuregelung von dem Gesamtcontingent 21 v. H., Dänemark 32 v. H., Schweden 8 v. H., Rußland 5 v. H., Estland 6 v. H., Finnland 3,8 v. H., Lettland 10 v. H.

## Straffers Wirtschaftsprogramm

Sechs Grundsätze. — Für weitreichende Änderungen in der Verwaltung.

In politischen Kreisen findet eine Nede Beachtung, die der Reichsorganisationsleiter der NSDAP, Gregor Straffer, in einer Wahlversammlung im Sportpalast gehalten hat. Redner führte aus, das wirtschaftliche Aufbauprogramm der NSDAP erstrebe einen Neubau des Staates und der Wirtschaft auf nationaler Grundlage. Der Nationalsozialismus zeige bei der Bekämpfung der Wirtschaftskrisis davon aus, daß diese Krise nicht nur wirtschaftlicher Natur ist, sondern eine Staatskrise und eine Volkskrise. Es müsse eine weitreichende Änderung der Reichs- und Staatsverwaltung eintreten.



# Aus der Heimat

Spangenberg, den 22. Oktober 1932.

## Zutrauen zum eigenen Geschmack!

Zu den Deutschen von sehr innenwohnende Neigung zu den wirtschaftlichen Bedürfnissen ist ein Nährboden, auf dem die wirtschaftlichen Interessen des Auslandes bestehen. Es gilt zu bedenken, und die Tarnung, unter welcher der Mensch gegen die deutschen Erzeugnisse im eigenen Land handelt, ist der Begriff: Mode. Die Mode läßt sich nicht verstecken, aber sie darf nicht auf einen Geschäftsrat des Auslands eindringen. Neue Modegeiste werden gehäuft, neue Beziehungen entstehen, um das Geschäft in Gang zu bringen. Die Konfessionale wissen den Profit zu schätzen, wofür sie die Gedankenlosigkeit der anderen bringt, wenn sie die Geheimnis der einzige vornehme Kleidung für teuren Verkauf verlassen. Die Dame, welche ihrer Schönheit mit den Teufel vergleichbar ist, kann nicht auf den Markt eindringen. Sie sollte nicht, als hätte sie bei weitem bessere Erzeugnisse als den hemmten Industrie für die diesen Erzeugnisse zu verhindern.

Frage man den Tischler, weshalb so viel ausländisches Material liefert, wo der deutsche Wald gleichwertig ist. „Also kein Grund, der in der Unterschiedenheit der Dinge begründet liegt sondern der Reiz des ausländischen, die Mode, die aus Angst vor „Rückständigkeit“ in eigenen Geschmack ausschaltet und sich nach den Wünschen und Interessen irgendeines geschäftstüchtigen ausländischen Unternehmers richtet, ist entscheidend bei der Wahl des Käufers. Man wünscht nicht ausgelacht zu werden und verzerrt, daß die sich ins Fäulsthülen lassen, die obendrein das Geschäft gemacht haben, und jenseits der Grenze schenken auch dort lachend nicht laut lachen soll mit ernster Rücksicht auf die Gunst für das nächstfolgende Geschäft mit der folgenden Mode zu erhalten.“

Die Gefahr ist groß, daß wir uns Moden und Gewohnheiten aneignen, die uns volkswirtschaftlich schädigen, uns keinen vom Ausland machen und uns obendrein dem Preis und der Geringabschöpfung des Auslandes preisgeben.

„Ankurbelung der Wirtschaft!“ Et. postamtlicher Verfügung wird in kleineren Orten, die die Bedingungen für eine zweite Postzulassung nicht erfüllen, die zweite Postzulassung aufgehoben. Auch Spangenberg unter diese Verordnung gefallen. Ab Montag, den 4. 10. 1932, muß sich nunmehr Spangenberg mit einer Postzulassung behelfen.

X. **Öffentliche Kundgebung.** In einer morgens um 8.30 Uhr im „Goldenen Löwen“ stattfindenden Versammlung der Deutschen Nationalen Volkspartei spricht der Parteizeitung über „Parteien oder Staat“.

X. **Kasseler Flugtag.** Von der NSDAP, Orléans Spangenberg wird uns geschrieben: Der von der NSDAP vorbereitete Flugtag ist in letzter Stunde abgehalten worden. Das Reichsverkehrsministerium könnte sich gefallen, daß die Veranstaltung auf dem heereigenen Platz durchgeführt wurde. Trotzdem ein neues, geeignetes Gelände gefunden und polizeilich genehmigt wurde, um dann abends das Verbot, N. S. Flieger auf diesem Platz landen oder starten zu lassen. Das N. S. R. A. ziehen findet statt.

X. **Das Handwerk zur Stützung der Konsumvereine.** Die Absichten der Reichsregierung, besondere Mittel zur Stützung der Konsumvereine bereit zu stellen, im Handwerk zu einer großen Beunruhigung geführt. Der Reichsverband des deutschen Handwerks trug daher in einer besonderen Eingabe dem Reichswirtschaftsminister seine Bedenken vor. Die Darlegungen gegen davon aus, daß für Feierlichkeiten in der Privatwirtschaft der Unternehmer zu halten habe, daher auch dieses Ristto den Konsumvereinen nicht durch Reichsgarantien abgenommen werden dürfe. Die rücksichtigen Feierlichkeiten seien durchweg mit den Spareinlagen der Mitglieder finanziert worden. Eine etwaige Hilfe des Reiches dürfe nur den Zug der Sparen dienen und nur im beschränktem Umfang und im Einzelfalle nach sorgfältiger Prüfung gezeigt werden. Die Erfahrungen hätten zudem gezeigt, daß Warenverteilungsgeschäft und Spargeschäft in Zukunft gemeinsam gehalten werden müssen. Das wesentlichste, was für die Sparen zu fordern sei, wären ähnliche Anlagebedingungen wie für die Sparkassen. Noch besser sei es, wenn der Konsumverein das Spargeschäft überhaupt untersagt würde. Der Reichsverband des deutschen Handwerks greift damit diesen Antrag auf, um Gefahren aus der Verbindung des Warenhandels mit dem Dienstleistungsbereich für die Sparen in Zukunft zu vermeiden.

X. **Verteuerung der Verwaltung.** Seit Wochen beschäftigen sich die Körperschaften der kreisangehörigen Städte mit den gegen ihre Selbstverwaltung gerichteten Maßnahmen der preußischen Verwaltungsreform. Das Ergebnis ist überall das gleiche. Die kreisangehörigen Städte begrüßen jede Verwaltungsreform, die wirklich eine Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung darstellt. Gedeckt deswegen sind sie sich in der Ablehnung dessenigen teils der Verwaltungsreform einig, der das Verhältnis zwischen Landkreis und kreisangehörigen Städten berührt, weil hier Sparmaßnahmen durch die Reform nicht eintreten werden. In der Übertragung des Staatsaufsicht auf den Landrat als Vorliegenden des Kreisausschusses und in der Befestigung des Kreisausschusses zur Beschlusshabende und zum Verwaltungsgericht erster Instanz für die Städte bis zu 10000 Einwohnern erblieben die kreisangehörigen Städte einen schweren Mißgriff. Sie sind überzeugt, daß diese Maßnahme zu einer Verteuerung und Erhöhung der Verwaltung und zu einer Beeinträchtigung des Selbstverwaltungsrates und der Entwicklungsmöglichkeiten der kreisangehörigen Städte führen muß. In dieser Beurteilung sind sie nicht nur die Bürgermeister und die sonstigen haupthandelsmäßigen Mitglieder der Gemeindeverwaltungen, sondern auch die ehrenamtlichen Mitglieder der städtischen

Körperschaften einig. Auf den Tagungen des Hauptrates und der Unterverbände des Reichsverbandes wurde mit einiger Sorge festgestellt, daß zwischen den Landkreisen und den kreisangehörigen Städten auf wichtigen Aufgabengebieten eine ausgetrocknete Konkurrenz besteht. Der Kreis wird daher in Zukunft in der Lage sein, auf Grund der ihm übertragenen aufsichtsrechtlichen Befugnisse seine eigenen Interessen auf Kosten der kreisangehörigen Städte durchzusetzen. Die Städte verbergen nicht, wie die Regierung durch diese Regelung die Entscheidung in vielen für die kreisangehörigen Städte lebenswichtigen Fragen in die Hand der Kreisverwaltung legen kann, da diese dadurch tatsächlich zum Richter in eigener Sache berufen wird, ein Zustand, unter dem nicht nur die Beteiligten, sondern auch die Bürger in unserem Rechtsstaat üblichen Ansichten zum Schaden der Allgemeinheit leben müssen. Die Entscheidungen über ihre Entwicklungsmöglichkeiten wird den kreisangehörigen Städten auf diese Weise entzogen, erste Schädigungen werden daher nicht nur für die Städte, sondern auch für ihre Bevölkerung zu erwarten sein. Es ist daher verständlich, daß die kreisangehörigen Städte die Forderung erheben, daß die preußische Staatsregierung in einer Nachprüfung dieser Frage eintritt und die kreisangehörigen Städte unter der Staatsaufsicht des Regierungsvorstandes beläßt. Eine solche Rückgängigmachung der Maßnahme ist um so leichter möglich, als die fraglichen Bestimmungen erst mit dem 1. April 1932 in Kraft treten sollen; sie ist um so dringlicher, als in mehreren Kreisen bereits die Feststellung getroffen ist, daß ihr Verwaltungsapparat für die neu übertragenen Arbeiten nicht ausreichend und sogar erheblich verstärkt werden muß. Ist die Feststellung aber zutreffend, so entfällt die gesetzliche Voransetzung für den Erfolg der Verordnung vom 8. September 1932, die nach den reichsgesetzlichen Grundlagen nur erlaufen werden durfte zur Durchführung von Vereinbarungen und Entnahmen in der Verwaltung, nicht zu neuer Verteuerung.

+ **Geltungsdauer der Sonntagskarten zu Allerheiligen.** Da in diesem Jahre der Feiertag Allerheiligen (1. November) auf einen Dienstag fällt, wird die Geltungsdauer der Sonntagskarten ausnahmsweise wie folgt festgesetzt: Zur Hinfahrt vom vom Sonnabend, den 29. 10. 12 Uhr bis Dienstag den 1. November, und zur Rückfahrt vom Sonnabend, den 29. Oktober, bis zum Mittwoch, den 2. November 12 Uhr.

## Aus Stadt und Land

\* **Massenvergünstigung in einem Bankkino.** Bei der Preußischen Staatsbank sind nach dem Genuss von Huhn auf Reis bei 30 Beamten und Angestellten Vergünstigungen aufgetreten. Bis auf fünf Krankmeldungen kommen aber alle Beamten und Angestellten ihren Dienst weiter vor. Die fünf Erkrankten befinden sich bereits auf dem Wege der Besserung.

\* **Befürchtlicher Raubmord an einem Greife.** In Jöllenbeck im Kreis Merseburg ist der 73 Jahre alte Landwirt Reinhold Weinert im Keller seines Hauses tot aufgefunden worden. Er war alleinlebend und menschenlebhaft. Es liegt Raubmord vor. Weinert ist mit einem Handtuch, das ihr fest um den Hals gelegt war, erstickt worden. Seine Hände waren mit Bindgarn zusammengebunden und an den linken Oberarmen gefesselt. Vermißt ist er in seinem Wohnzimmer erdrosselt und dann in den Keller getragen worden. Kopf und Oberkörper befanden sich in einem Sac.

\* **Abschluß der feierlichen Veranstaltungen in Coburg.** Als Abschluß der feierlichen Veranstaltungen anlässlich der Fürstenthronjubiläum stand im Landestheater eine Gala vor. Zu der die Hochzeitsglück erzielten waren. Den ersten Teil der Veranstaltung bildete der dritte Akt, die Festwoche aus den „Meistersingern“, der von Künstlern des Landestheaters aufgeführt wurde. Vor Beginn der Veranstaltung hielt der erste Bürgermeister der Stadt Coburg, Schwedt, eine Ansprache. Der zweite Teil der Veranstaltung bildete der dritte Akt von „Siegfried“, der in Bayreuther Befreiung von der Gesellschaft der Musikfreunde Coburgs ausgeführt wurde.

\* **30 mal über den Ozean.** „Graf Zeppelin“ hat auf seiner achten südamerikanischen Südamerikafahrt zwischen Rio de Janeiro und Bernau bei den 500.000 Kilometern zurückgelegt. Dies ist eine Glanzleistung für das Luftschiff, die einzig dasteht. Dazu wurden 1961 Stunden benötigt, die in 284 Fahrten zurückgelegt wurden. Befördert wurden dabei 7500 Passagiere. 30 mal überquerte das Luftschiff Ozeane. Trotz der Witterungseinflüsse ist nicht die geringste Delays eingetreten. Die Manchay-Motoren sind immer noch wie bei der ersten Fahrt. Am 9. Südamerikafahrt, der letzten in diesem Jahre, die am 24. Oktober angefahren wird, nehmen 14 Passagiere teil.

\* **Auch der siebente verunglückte Bergmann gestorben.** Im Krankenhaus zu Linnich ist nun auch der 33jährige Bergmann Tibusel gestorben. Damit sind alle sieben Bergleute, die zur Zeit der Schlagwetterexplosion auf „Sofia Jacoba“ in dem Umgangsstollen beschäftigt waren, tot. Tibusel war übrigens der in dem amüsanten Bericht vom Oberbergamt erwähnte Schiebemeister, der die Benzinsicherheitslampe angezündet hatte, wodurch vermutlich die Explosion verursacht wurde. Das Schicksal des sofort getöteten Bergmanns Weber ist besonders tragisch, da er eben erst von einem schweren Brünenfall, der ihn über Wochen aufs Bettwarf, genesen war, und erst einige Tage wieder in der Grube gearbeitet hatte.

\* **Flugzeugträumer an der holländischen Küste angepflügt.** In Sandvoort wurde das Höhensteuer eines Flugzeuges unbekannter Nationalität angepflügt, das ancheinend kurze Zeit im Meer gelegen hat. Möglicherweise stammt das Schiff von dem Flugzeug, das kürzlich vom Kanal aus Niedriglande gab.

\* **Haftbefehl gegen Torsten Kreuger.** Gegen den früheren polnischen Generalrat Torsten Kreuger ist ein Haftbefehl erlassen worden wegen Konkursbetruges der A.-G. Högbrofessor. Der Intendant der Stockholmer Kriminalpolizei überbrachte persönlich die Meldung an Torsten Kreuger, der gleich darauf ins Untersuchungsgefängnis überführt wurde.

\* **Neue Waffenfunde in Wien.** Die Wiener Polizei hat in Verfolg der Simmeringer Vorfälle am Sonntag neue Haussuchungen in Simmering vorgenommen. Bei der Haussuchung in einer Baracke, die dem Schuhbund gehörte, wurde 17 Gewehre, 800 Schuh Munition, eine Kiste Handgranaten aufgefunden und beschlagnahmt.

\* **Menterel im Zuchthaus.** In dem kanadischen Zuchthaus in Kingston (Ontario) kam es zu einem ernsten Ausbruch von Menterel. Etwa 120 Zuchthäuser verbarrten sich in einer der Gefängniswerkstätten. Truppen mußten aufgeboten werden, die die Menterel vorübergehend unterdrücken. Am Abend entstanden jedoch neue Unruhen, bei denen die Wärter das Feuer auf die Zuchthäuser eröffneten mussten. Mehrere Zuchthäuser wurden verwundet. Die Regierung hat eine Untersuchung eingeleitet.

## Berliner Schlachthofmarkt.

(Amtlich) Auftreib: 225 Rinder (Kartauer, 802 Ochsen, 311 Kühe, 632 Rübe und Färsen), 1321 Räuber, 5341 Schafe, 31 Schweine; — Preise für einen Zentner Lebendgewicht in Reichsmark:

21. 10. 18. 10.

Ochsen:	
1. vollfleisch, ausgemästete, höchsten Schlachtw.	29—30 —
jüngere	—
ältere	20—28 25—27
2. sonstige vollfleischige, jüngere	24—23 23—24
ältere	20—23 19—23
3. fleischige	20—21 18—20
4. gering genährte	
Bullen:	
1. jüngere, vollfleisch., höchsten Schlachtwerts	23—29 —
2. sonstige vollfleischige oder ausgemästete	20—27 25—27
3. fleischige	22—25 21—24
4. gering genährte	19—21 18—20
Rübe:	
1. jüngere, vollfleisch., höchsten Schlachtwerts	24—25 —
2. sonstige vollfleischige oder ausgemästete	20—23 18—22
3. fleischige	17—18 16—17
4. gering genährte	10—16 8—15
Schafe:	
1. Mastlämmchen und jüngere Masthammel	26—27 29—30
Weidemast	34—35 35—36
Stallmast	31—33 32—34
2. mittlere Mastlämmchen, ältere Masthammel	20—22 20—22
3. gut genährte Schafe	28—30 28—31
4. fleischiges Schafspiel	12—25 15—26
5. gering genährtes Schafvieh	
Schweine:	
1. Fettzwein über 300 Pfund	45—46 46—47
2. vollfleischige von 200—240 Pfund	43—45 45—46
3. vollfleischige von 200—240 Pfund	40—44 42—45
4. vollfleischige von 100—200 Pfund	38—41 39—42
5. fleischige von 120—160 Pfund	35—37 37—38
6. fleischige unter 120 Pfund	36—39 38—40
7. Sauen	
Marktverlauf: Rinder mittelmäßig; Räuber ruhig; Schafe knapp; Schafe in guter Ware ziemlich glatt, sonst ruhig; Schweine ruhig.	

Die Preise sind Marktpreise für nächstern gewogene Tiere und folgende tägliche Preise des Handels ab Stall für Fracht, Märkte und Verkaufsstellen. Umfahrtsteuer, sowie den natürlichen Gewichtsverlust ein, müssen sich also wesentlich über die Stoffpreise erheben.

## Schlachtwiehmarkt.

Preise für 50 Kilogramm Lebendgewicht in Reichsmark.)

— Hamburg, 21. Oktober. Schweine (2383) 1. 45. 2. 42

bis 43. 3. 41—45. 4. 37—39. 5. 30—33. Sauen 32—33. — Marktverlauf: Mittel.

## Aus dem Gerichtsaal

+ **Gefängnis wegen Nahrungsmittelfälschung.** Der Prozeß wegen der umfangreichen Lebensmittelfälschungen in der Wurstfabrik in Griesheim kam in Braunschweig in der Verfassungsinstanz nochmals zur Verhandlung. In der ersten Anklage war der Geschäftsführer der Fabrik, Dr. Tietge, zu einer Geldstrafe verurteilt worden, weil er verdorbene Fleisch und Speck zu Wurstwaren verarbeitet ließ. Gegen dieses Urteil hatten sowohl der Angeklagte als auch der Staatsanwalt Berufung eingelegt. Die Strafanwalte hat jetzt die Berufung des Angeklagten zurückgewiesen und der Berufung des Staatsanwalts stattgegeben. Der Angeklagte wurde wegen Vergehens gegen das Lebensmittelgebot zu einer Gefängnisstrafe von vier Monaten verurteilt. In der Begründung wurde ausgeführt, das Gericht sei der Ansicht, daß der Strafzuschlag durch eine Geldstrafe nicht erreicht werde. Es hätte eine abschreckende Strafe verhängt werden müssen, um dem Publikum den Glauben zu erhalten, daß es gegen derartige Machenschaften gehäuft werde.

+ **Wegen Mordes zum Tode verurteilt.** Das Koblenzer Schurwurde verurteilte den Wehrer Viktor Rüstig wegen Mordes zum Tode. Der Angeklagte hatte sich infolge Arbeitslosigkeit dem Trunkne ergeben. Infolgedessen hatte er verschiedene Freierhandlungen mit seiner Braut, die dazu führten, daß seine Braut das Verhältnis löste. Rüstig war darüber so erbt, daß er das Mädchen niederschlug.

+ **Sechs Todesurteile — wegen Diebstahl von 1000 Paar Schuhen.** Der Gerichtshof in Leningrad verurteilte sechs Angestellte des Schuhwerks „Storochod“ zum Tode durch Erhängen wegen Diebstahls von 1000 Paar Schuhen. Das Gericht erklärte, dieses Urteil müsse endlich bewiesen, daß die Regierung keinen Diebstahl von staatlichem Eigentum zulassen werde. Die Verurteilten haben telegraphisch um ihre Begnadigung gebeten.

## Nach wie vor führend ist das



Brikett!

# Große öffentliche Wahlversammlung!

Am Sonnabend, den 29. Oktober, abends 8 Uhr spricht im großen Saale des „Grünen Baum“

## Pg. Ebel-Fulda über „Gebt Adolf Hitler die Macht!“

Im Bewußtsein, für die Macht und die Zukunft des Volkes zu kämpfen, geht die Nationalsozialistische Bewegung von glühendem Kampfgeist beseelt, mit dem Einsatz ihrer ganzen Kraft in den kommenden Wahlkampf. Deutsche Volksgenossen! Ist es Euch ernst um unseres Volles Schicksal, dann helft uns mit, den endgültigen Sieg zu erringen. Erscheint in Massen!

N. S. D. A. P., Ortsgruppe Spangenberg.

### Spangenberger Lichtspiele

Sonntag, den 23. Oktober abends 8<sup>30</sup> Uhr

### Das Panzerauto

Eine Geschichte mit Hindernissen  
in 6 Akten

und

### Die rote Lady

(Die Frau im Purpur)  
in 6 Akten.

### Volkswohl-Lotterie

zu Gunsten der deutschen Arbeitslosen  
und Jugendhilfe

Ziehung: 11.—18. Nov. 1932.

**Höchstgewinn  
im Werte von 75000 RM.**

zu haben im

### Hess-Lebensmittelhaus.

Rollmopse, Sardinen, Sardelle,  
Bücklinge, Lachs

**H. Mohr.**

Sonntag, den 23. Oktober, abends 8<sup>30</sup> Uhr spricht im Saal des Gasthauses „Zum Goldenen Löwen“

## Herr Pfarrer Zeidler aus Kassel

## über „Parteien oder Staat!“

Deutsch-nationale Volkspartei, Kreisverein Melsungen.



Schäfchen, die im Westen sehn,  
lassen sehr oft Regen sehn!

## Wollsachen gut und billig pflegen!

Von praktischen Hausfrauen erprobte Winke zur schonenden, billigen Pflege aller waschbaren Wollsachen:

Wasche in kalter Persil  
lauge — 1 Eßlöffel Persil  
auf je 2 Liter Wasser —  
nicht reiben oder zerrn.

Spül sofort mehrmals gut  
in kaltem Wasser. Etwas  
Rückensieg im ersten Spül-  
wasser frischt die Farben auf.

Gut auspressen. Nicht wärfen.  
Niemals in Tüchereln,  
und austrocknen und gleichzeitig  
ausdrücken. Nicht aufhängen.

Richtig in Form ziehen.  
auf rutschbedecktem Tisch  
trocknen lassen. Ofen-  
oder Sonnenhitze meiden.

**Persil wäscht Wolle wunderbar!**

Am Sonnabend, den 29. Oktober, abends 8 Uhr spricht im großen Saale des „Grünen Baum“

Klipp's Kaffee  
stets frisch

**H. Mohr.**

Mittwoch früh:

frische Schellfische,  
Fischfilet,  
grüne Heringe,  
Fettbüddinge,  
Kieler Sprotten,  
Lachsheringe  
**Karl Bender.**

## Alte Kernseife

**H. Mohr.**

### Kirchliche Nachrichten.

Sonntag, den 23. Oktober 1932.

22. Sonntag nach Trinitatis

Gottesdienst in:

**Spangenberg.**

Vormittags 10 Uhr: Pfarrer Höhndorf.  
Aufnahme des Konfirmandenjahranges 1932.

Nachmittags 12 Uhr: Vikar Log.

**Übersdorf.**

Nachmittags 12 Uhr: Pfarrer Höhndorf.

**Schnelstrode.**

Vormittags 10 Uhr: Pfarrer Dr. Bachmann.

**Pfarrbezirk Pfieffe.**

Pfieffe: Abends 8 Uhr: Bibelstunde. Vikar Log.

Hörsfeld: Nachmittags 5 Uhr: Pfarrer Keil aus Lauscha.

**Kirchliche Vereine.**

Sonntag abend 8 Uhr: Kirchenvorortag im Stützpunkt von Pfarrer Keil aus Lauscha vor der schweren Not einer Kirchengemeinde im Thüringer Wald.

Montag abend 8 Uhr: Mütterverein.

Dienstag Abend 8 Uhr: Jung-Mädchenverein Sift.

Beginn des Winterhalbjahres.

Mittwoch abend 8 Uhr: Evangelische Frauenhilfe.

Beginn des Winterhalbjahres.

Donnerstag Abend 8 Uhr: Jungmännerverein und

Posaunenchor im Sift.